EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Bundeshaushalt 2027: Rekordausgaben auf Pump

Deutschland, 15.11.2026 [ENA]

Was der Etat für die Bürger bedeutet....
Nach mehr als 15 Stunden intensiver Nachtverhandlungen hat der Haushaltsausschuss des Bundestages am frühen Morgen des 13. November 2026 den Weg für den Bundeshaushalt 2027 geebnet. Der Etat der schwarz-roten Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD bricht historische Marken. Ein Gesamtvolumen von 560,9 Milliarden Euro stehen zur Verfügung.

Doch hinter den gigantischen Investitionsversprechen in Verteidigung und Infrastruktur verbergen sich für die Bürgerinnen und Bürger ein widersprüchlicher Mix aus moderaten Steuererleichterungen, steigenden Abgaben und spürbaren Einschnitten im Sozialbereich. Rekordausgaben: Der Kernhaushalt wächst auf 560,9 Milliarden Euro an (rund 5,5 Milliarden Euro mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf geplant). Neue Schulden: Allein im Kernhaushalt liegt die Nettokreditaufnahme bei knapp 123 Milliarden Euro. Rechnet man die Sondertöpfe für Bundeswehr sowie Infrastruktur und Klimaneutralität hinzu, summiert sich die Neuverschuldung auf über 200 Milliarden Euro – rechnerisch ist damit fast jeder dritte ausgegebene Euro kreditfinanziert.

Was kommt im Geldbeutel der Bürger an?
Einkommensteuer & Freibeträge Grundfreibetrag steigt auf 12.564 €, Arbeitnehmer-Pauschbetrag auf 1.430 €; Abflachung des Mittelstandsbauchs. Moderate steuerliche Entlastung für kleine und mittlere Einkommen – die kalte Progression wird laut Ökonomen aber nicht vollständig ausgeglichen.

Spitzen- & Reichensteuer45 % Steuersatz greift bereits ab 250.000 € zu versteuerndem Einkommen; ab 280.000 € gilt ein neuer Satz von 47 %. Spürbare steuerliche Mehrbelastung für Sehr-Gutverdiener.

Familien & Kindergeld Kindergeld steigt um 8 € auf 267 € pro Kind und Monat; Kinderfreibetrag steigt auf 10.056 €. Leichte finanzielle Unterstützung im Alltag; im Gegenzug entfällt jedoch der 25-Euro-Sofortzuschlag beim Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien.

Pflege & Sozialabgaben Beitragszuschlag in der Pflegeversicherung für Kinderlose steigt um 0,3 Punkte auf 0,9 %; zudem steigen die Beitragsbemessungsgrenzen. Kinderlose Arbeitnehmer und Gutverdiener oberhalb der bisherigen Grenzen zahlen höhere Sozialabgaben, was Steuerentlastungen teilweise wieder aufzehrt.

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Wohngeld Geplante Kürzungen von rund 1,2 Milliarden Euro durch eine geänderte Berechnungsgrundlage. Sozialverbände warnen, dass bis zu 400.000 Haushalte mit geringem Einkommen ihren Anspruch auf Wohngeld komplett verlieren könnten.

Verbrauchsteuern & Handwerkerbonus Tabaksteuer steigt ab 2027 stufenweise an; der Steuerbonus für Handwerkerleistungen sinkt von 20 % auf 15 % (max. 900 €). Raucher müssen tiefer in die Tasche greifen; Hausbesitzer und Mieter erhalten weniger Steuererstattung bei Renovierungen.

Obwohl der Haushaltsausschuss den Etatentwurf gebilligt hat, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Vor der finalen Abstimmung im Bundestag (geplant für die Haushaltswoche Ende November 2026) ringt die Koalition weiter um zentrale Entlastungsversprechen: Hängepartie bei der Stromsteuer: Die von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in Aussicht gestellte Senkung der Stromsteuer für alle Verbraucher und Unternehmen ist im aktuellen Etatentwurf mangels Gegenfinanzierung (Kostenpunkt: rund fünf Milliarden Euro) nicht enthalten. Vorerst profitieren nur Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft von der Entlastung. Ein Nachbessern in letzter Minute ist zwar möglich, gilt aber als finanzpolitischer Kraftakt.

Druck auf Krankenkassen: Durch einen um zwei Milliarden Euro geringeren Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds steigt der finanzielle Druck auf die gesetzlichen Krankenkassen – weitere Erhöhungen der kassenindividuellen Zusatzbeiträge zum Jahreswechsel sind daher wahrscheinlich. Die Rechnung kommt ab 2028: Wirtschaftsforscher und der Bundesrechnungshof mahnen zur Vorsicht. Da Zinsausgaben, Verteidigung und Rentenzuschüsse einen immer größeren Teil der regulären Steuereinnahmen auffressen, drohen ab 2028 Milliardenlöcher im Haushalt. Für die Bürger bedeutet das: Was 2027 noch über Kredite abgefedert wird, dürfte in den Folgejahren zu harten Debatten über Steuererhöhungen oder tiefere Einschnitte im Sozialstaat führen.

Bericht online lesen:
https://unterfranken.en-a.de/politik/bundeshaushalt_2027_rekordausgaben_auf_pump-94754/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Rüdiger Schnaugst

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.